

Herr



Mag. Hans-Jürgen Gaugl, MSc
BMF - Präs. 4 (Präs. 4)
Sachbearbeiter

hans-juergen.gaugl@bmf.gv.at
+43 1 51433 501164
Johannesgasse 5, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der
Geschäftszahl an post.praes-4@bmf.gv.at zu
richten.

Geschäftszahl: 2024-0.155.486

Ihre Anfrage vom 26. Februar 2024

Sehr geehrter 

wir beziehen uns auf Ihre via der Plattform „Frag den Staat“ am 26. Februar 2024 an uns gerichtete Anfrage betreffend „Wachsende Staatsschulden“, zu welcher Sie sich ausdrücklich auf die Bestimmungen des Auskunftspflichtgesetzes berufen haben. Dazu erlauben wir uns, Ihnen die gewünschten Informationen zu erteilen:

Tatsächlich hat sich die Verschuldung im Zuge der COVID-19 Krise deutlich erhöht, sowohl in absoluten Beträgen als auch als Anteil am BIP. Die Maastricht-Schuldenquote erhöhte sich von 2019 auf 2020 von 70,6% auf 82,9% des BIP und wird nunmehr mit Ende 2023 bei etwa 76,0% des BIP erwartet (die Statistik Austria veröffentlicht den genauen Wert mit Ende März). Diese wird jedoch laut Prognosen über die nächsten Jahre wieder sukzessive reduziert werden. Hierbei ist die Schuldenquote – die Verschuldung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung – im internationalen Vergleich der wichtigste Indikator.

Die Kreditgeber des Österreichischen Staates kommen (Stand Anfang 2024) zu ca. 8% aus dem Inland, der überwiegende Anteil von 80% aus dem Rest Europas. Die größten Investoren sind dabei Fondsgesellschaften (34%), gefolgt von Banken (33%).

Mit den aufgenommenen Schulden finanziert der Staat unter anderem Gesundheits- und Sozialleistungen, Pensionen, Bildung, aber auch Infrastruktur und fördert Wirtschaft und

Gesellschaft. Im Vergleich zu privaten Bürgerinnen und Bürgern hat der Staat auch einen unendlichen Horizont und unterliegt damit anderen Restriktionen.

Insbesondere wenn die Investitionen höhere Rendite abwerfen als die Schuldenaufnahme durch die Zinszahlungen kostet, hat diese zusätzliche Verschuldung durchaus Sinn. Die Bundesanleihen sind auch ein wichtiger Benchmark für die Kapitalmärkte. Des Weiteren übernimmt der Staat eine für die Wirtschaft wichtige Rolle und stabilisiert etwa in Krisenzeiten die Wirtschaft und die Einkommen. Dadurch wird ein größerer wirtschaftlicher Einbruch vermieden.

Nichtsdestotrotz stellt eine hohe Verschuldung für das Budget eine Herausforderung dar, unterliegt Marktkonditionen und engt Spielräume ein. Nachdem in den vergangenen Jahren die Belastung durch Zinszahlungen für den Staat deutlich zurückgegangen ist, steigt diese nun aufgrund der steigenden Zinssätze und der damit verbundenen Renditen wieder und liegt 2023 bei ca. 1,2% des BIP. Diese steigende Belastung ist natürlich eine Herausforderung und zeigt deutlich die Wichtigkeit, ein stabiles und nachhaltiges Budget zu erreichen.

Ein ausgeglichenes Budget reduziert die Schuldenquote durch ein Wirtschaftswachstum automatisch. Dadurch konnte etwa in den Jahren vor der COVID-19 Krise die Schuldenquote innerhalb weniger Jahre um mehr als 10 Prozentpunkte reduziert werden. Dies veranschaulicht die Notwendigkeit der Normalisierung der Fiskalpolitik und der Rückkehr zu einem nachhaltigen Budget.


Wir hoffen, Ihnen mit dieser Auskunft weitergeholfen zu haben.

Wien, 14. März 2024

Für den Bundesminister:

Mag. Heidrun Windberger-Zanetta

Elektronisch gefertigt

 Bundesministerium Finanzen	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.bmf.gv.at/verifizierung
	Datum/Zeit	2024-03-14T13:46:20+01:00
Unterzeichner	Bundesministerium für Finanzen	
Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-07,OU=a-sign-corporate-07,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT	
Serien-Nr.	874736968	
Dokumentenhinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	